

jahrplans für 1949—1950 vorgelegt hatte. Dieser Beschluß mußte zwangsläufig neuen Widerstand bei den bürgerlichen Parteien hervorrufen. Die CDU und die LDP opponierten sowohl gegen das planwirtschaftliche Prinzip überhaupt als auch gegen die im Zweijahrplan niedergelegte wirtschaftspolitische Zielsetzung, die auf dem Primat der Schwerindustrie beruhte. „Zur Zeit wird von weitesten Kreisen der Bevölkerung der Planungsgedanke abgelehnt, weil sie in der Planwirtschaft ein Mittel autoritärer, bürokratischer Bevormundung in Richtung bestimmter Parteiziele sehen.“ Mit diesem Argument, das hier nach einem in der „Täglichen Rundschau“ am 15. September 1948 veröffentlichten Artikel „Zwischenbilanz der Plandiskussion“ zitiert ist, entsprach die LDP zweifellos dem Denken und Empfinden der meisten Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone.

Nicht von ungefähr nahmen daher 1948 die Verhaftungen unter liberalen und christlichen Demokraten einen bis dahin nicht gekannten Umfang an. Jede antikommunistische Opposition wurde von der sowjetischen Militär- und politischen Sonderjustiz als „konterrevolutionäres Verbrechen“ verfolgt. Wie wenig die sowjetische Besatzungsmacht dabei die einfachsten Rechtsgrundsätze zu achten bereit war, demonstrierte ein Fall wie das Verschwinden des Fraktionsvorsitzenden der LDP im Thüringischen Landtag, *Hermann Becker*. Ungeachtet seiner Immunität als Landtagsabgeordneter wurde er am 23. Juli 1948 verhaftet und nach zweijähriger Untersuchungshaft ohne Gerichtsverhandlung, das heißt „durch Verwaltungsanordnung“ eines Sonderkollegiums des MWD in Moskau, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und in die Sowjetunion deportiert. Erst am 16. Oktober 1956 sollte er wieder entlassen werden . . . Der Fall ist exemplarisch für die Dezimierung der bürgerlichen Opposition in der SBZ durch Ausschaltung ihrer führenden Kräfte — was keineswegs heißen soll, daß die sowjetische Militärjustiz etwa darauf verzichtet hätte, auch die aktiven Elemente unter den *Mitgliedern* und unter den *unteren Führungskräften* der CDU und LDP zu eliminieren. In einem für die kommunistische Volkspolizei bestimmten Urteilsauszug über die Verurteilung des ehemaligen Kreisvorsitzenden der LDP in Niesky, *Konrad Brettschneider*, durch das Militärtribunal des Truppenteils 08640 der sowjetischen Besatzungstruppen am 31. Dezember 1948 zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager wurde als Grund angegeben: „Für Begründung in einigen Städten der sowjetischen Besatzungszone der illegalen Gruppen und Durchführung der antisowjetischen und antikommunistischen Arbeit unter der Bevölkerung.“ Die in den Jahren 1947-1949 an Universitäten und Hoch-⁸⁶

86 Zitiert bei *Gerhard Finn* „Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945-1959“,